

Ein schwarzer Tag für alle Pendler, den Fernverkehr und den Güterverkehr in Norddeutschland!

Bohlsen, 16. September 2026. Die Obleute der SPD und der CDU wollen einen Antrag in den Bundestag einbringen, der in der Konsequenz die vorhandenen Ressourcen fast ausschließlich für die Neubaustrecke Hamburg - Hannover bindet. Die Gesamtkosten werden derzeit auf 14,1 Milliarden Euro geschätzt. Für die dringend notwendigen Verbesserung im Bestand planen sie aber nur 1,8 Prozent dieser Mittel ein. Das reicht bei weitem nicht, um die aktuell vorhandenen Engpässe zu beseitigen. Damit müssen alle Pendler, alle Fernreisenden und der Schienengüterverkehr zumindest 25-38 Jahre auf echte Verbesserung warten. Denn erst dann soll nach den vorgelegten Unterlagen die Neubaustrecke fertig sein. Jeder weiß, welche Verzögerung es regelmäßig bei Großprojekten und auch bei den Generalsanierungen der Bahn gibt. Gut möglich, dass es noch viel länger dauert, bis es zu echter Verbesserung und Kapazitätssteigerung im Raum Hamburg - Hannover - Bremen kommt.

Die Forderungen aus der Region wurden fast alle abgelehnt. Oft wird auf die Prüfung im gesetzlichen Rahmen verwiesen, die aber sowieso erfolgen muss. Der Bund wird keine Regionalbahnhöfe bauen und erst recht keine Regionalverkehre bezahlen.

Ganz offensichtlich interessieren sich die Verantwortlichen gar nicht für die Menschen in der Region. Dieses wird auch daran deutlich, dass 18 Minuten Zeitgewinn zwischen Hamburg und Hannover besonders hervorgehoben werden. Diese sollen auch mit dem Verzicht auf den Halt in Harburg erkaufte werden. Für Menschen aus Harburg und dem südlichen Hamburger Umland wird sich die Fahrzeit nach Hannover dadurch sogar deutlich erhöhen, denn sie müssen dann zuerst zum Hamburger Hauptbahnhof fahren, um dann wieder mit dem Zug zurück nach Harburg zu fahren.

Vollkommen absurd ist die Trassenführung der geplanten Neubaustrecke. Nicht einmal auf 10 Prozent der Strecke gibt es eine Trassenbündelung mit der Autobahn oder der Bundesstraße. Ganz überwiegend ist die Trasse Kilometer von der Autobahn oder

Bundesstraße entfernt und führt zu neuer Zerschneidung von Landschaften. Ganz offensichtlich hat die Deutsche Bahn hier ein Trassenfindungsverfahren verwendet, das neue Zerschneidungen von Landschaften nicht als kritisch gesehen hat. Gleichzeitig lief dieses Trassenfindungsverfahren ohne jedwede Bürgerbeteiligung.

Bodenlos ist der Verweis auf angeblich über 200 Informations- und Dialogveranstaltungen mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen sowie Verbänden. Die angeführten Veranstaltungen betrafen zumeist gar nicht die Neubaustrecke, sondern das Projekt Alpha-E. Für die Bürgerinnen und Bürger gab es zur Neubaustrecke lediglich vier Informationsveranstaltungen ohne eine Diskussion.

2.778 Zeichen